

Die Vorgeschichte im Detail

Mit der konfliktreichen und eskalierten Auseinandersetzung um den Bau der Startbahn West in den 1980er Jahren war die öffentliche Diskussion um den Bau einer vierten Bahn Ende der 1990er Jahre von Beginn an mit einer schweren Hypothek belastet. Angesichts dieser Ausgangslage rief der damalige hessische Ministerpräsident Hans Eichel einen „**Gesprächskreis Flughafen**“ ins Leben, um eine sachliche Diskussion des Ausbauprojekts zu ermöglichen.

Dem Gesprächskreis Flughafen gehörten neben Vertretern der Wirtschaft und Arbeitnehmerseite, der Kirchen, Parteien und Kommunen, Minister und Staatssekretäre auch Einzelpersonen wie Dr. Johnson und Prof. Dr. Oeser an. Sowohl Dr. Johnson als auch Prof. Dr. Oeser schlugen ein **Mediationsverfahren** vor, um die zukünftige Entwicklung des Flughafens und der Region in einem ergebnisoffenen und unabhängigen Mediationsverfahren zu diskutieren.

Im Abschlussbericht der Mediation wurde ein Paket empfohlen, das die Ansprüche und Anforderungen aller beteiligten Personen und Institutionen ausreichend berücksichtigen und miteinander in Einklang bringen sollte. Dieses Ergebnis, das sogenannte „**Mediationspaket**“, beinhaltete fünf einander ergänzende Bausteine, die nur als Ganzes gelten sollten. Das Regionale Dialogforum (RDF) – als Fortsetzung des in der Mediation begonnenen Dialogs, als Begleitung für die Umsetzung des Mediationspaketes und für die fortgesetzte Erörterung der Entwicklung von Flugverkehr und Flughafen – war einer dieser Bausteine.

Am 23. Juni 2000 setzte die Hessische Landesregierung das **Regionale Dialogforum Flughafen Frankfurt (RDF)** ein. Von 2001 bis 2009 trafen sich Vertreter der Luftverkehrswirtschaft mit den Repräsentanten von Kommunen, Gewerkschaften, Kirchen, Verbänden und anderen Institutionen, um mit wissenschaftlicher und gutachterlicher Unterstützung fachliche Fragen und Zukunftsperspektiven der Region Frankfurt-Rhein-Main zu erörtern. Ein Untersuchungsbericht zum Thema Kommunikation mündete u.a. in der Empfehlung ein Umwelthaus einzurichten, um fortan den Bürgern auch unabhängig vom RDF eine dauerhafte Anlaufstelle für Information und Kommunikation bereitzustellen.

Eine Arbeitsgruppe im RDF beschäftigte sich in der Folge u.a. damit, ob eine solche Institutionalisierung der Kommunikation möglich und wichtig sein könnte. In diesem Zusammenhang reiste man 2007 nach Paris, um sich am Flughafen Charles de Gaulle das dortige Umwelthaus (maison d'environment) anzuschauen. Die Teilnehmer waren sich einig, dass das in Paris realisierte Konzept für Frankfurt nicht infrage käme (Trägerschaft Flughafenbetreiber). Eine Arbeitsgruppe konkretisierte unmittelbar nach der Rückkehr **ein Konzept und die Ziele für ein Umwelt- und Nachbarschaftshaus am Flughafen Frankfurt**.



Dieses Konzept wurde zunächst inhaltlich und politisch diskutiert, 2009 fasste die hessische Landesregierung den Beschluss, ein solches Haus in der Region einzurichten. Teil der Verabredungen war, dass es nicht am Flughafen, sondern in dessen unmittelbarer Nachbarschaft, in einer der am meisten von den Auswirkungen des Flugbetriebs betroffenen Kommunen angesiedelt sein sollte. So entschied man sich für das leerstehende **Enka-Gebäude in Kelsterbach**.

Die gemeinnützige Umwelthaus GmbH ist eine 100%ige Tochter des Landes Hessen. Sie ist Trägerin des Umwelt- und Nachbarschaftshauses, das eine Informationsstelle für Bürgerinnen und Bürger in Flughafenfragen ist. Zudem dient es als Dialog- und Monitoring-Zentrum zu den Themen Fluglärm, Auswirkungen des Flughafens auf die Umwelt und die Sozialstruktur. Neben dem Konvent und dem Expertengremium Aktiver Schallschutz stellt das Umwelt- und Nachbarschaftshaus eine der drei Säulen des Forums Flughafen und Region dar.

Weiterführende Informationen sowie Dokumente zu Mediationsverfahren und Regionalem Dialogforum finden Sie auf der Seite des **Forums Flughafen und Region** (<https://www.forum-flughafen-region.de/archiv-mediation-und-rdf/>).